

## Niederschrift

### öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 20.09.2021**  
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**  
Sitzungsende: **21:23 Uhr**  
Ort, Raum: **Regionale Schule Rudolf Tarnow, Pausenhalle**

Sitzungsnummer: **HA/013/2021**

#### **Anwesend sind:**

##### **Vorsitz**

Frau Dagmar Poltier

##### **Stadtvertreter/in**

Herr Manuel Albrecht

Frau Heidrun Dräger

Herr Lutz Heinrich

Herr Patrick Sevecke

Herr Rainer Wilmer

##### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Beate Benz

##### **Verwaltung**

Herr Jörn Pamperin

Herr Kay Porath

Frau Silke Walther

#### **Entschuldigt fehlen:**

##### **Stadtvertreter/in**

Frau Marlies Reimann

##### **Verwaltung**

Herr Harald Jäschke

## Tagesordnung

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 08.09.2021

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 4 Besetzung der Stelle - Streetwork -  
Vorlage: 131/21/20

### **Öffentlicher Teil**

- 5 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Bericht Schulbaumaßnahmen
- 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Anfragen
- 11 Antrag BfB: Ausführungen von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr auf deren Mitgliederversammlung
- 12 Beratung und Beschlussfassung zur Einzelhandels-Potenzial- und Tragfähigkeitsanalyse für die Stadt Boizenburg/Elbe  
Vorlage: 112/21/30
- 13 Fortführung des Citymanagements der Stadt Boizenburg/Elbe  
Vorlage: 119/21/20/1
- 14 Einführung von Mandatos und Ausstattung der Mitglieder und Mitgliederinnen der Stadtvertretung und Ausschüsse  
Vorlage: 121/21/20
- 15 Antrag des Stadtvertreters Herr Hameister - Schaffung von grundsätzlichen Voraussetzungen zur Förderung des Fahrradtourismus sowie Fahrrad- und fußgängerfreundliche Umgestaltung des Altstadtverkehrs  
Vorlage: 134/20/ST/2
- 16 Vollzug des Haushaltsplanes
- 17 Bericht über den Stand der Stellenbewertung

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 18 Stand offene Forderungen
- 19 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 20 Personalangelegenheiten
- 21 Dringlichkeitsentscheidung für die Erschließung Gewerbegebiet B-Plan 23.4 mit Straßen- und Kanalbau sowie Entwässerungsgräben  
hier: Auftragsvergabe Bauleistung  
Vorlage: 136/21/30
- 22 Erweiterung der Regionalen Schule "Rudolf Tarnow": Eilentscheidung über die Vergabe der Freianlagenplanung

Vorlage: 138/21/30

- 23 Verlängerung eines Beschäftigungsverhältnisses  
Vorlage: 139/21/20
- 24 Terminabsprachen
- 25 Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

#### **Öffentlicher Teil**

- 26 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 27 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 28 Schließen der Sitzung

#### **Protokoll:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr. Die form- und fristgerechte Ladung wird festgestellt. Frau Poltier führt den Vorsitz in Abwesenheit von Herrn Jäschke als 1. stellv. Bürgermeisterin. Herr Albrecht nimmt stellvertretend für Frau Reimann teil. Der Hauptausschuss ist mit sechs anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

##### **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Die Vorlage für den TOP 13 wird von der Verwaltung zurückgezogen, aber der Tagesordnungspunkt bleibt bestehen und wird entsprechend ohne die Vorlage behandelt.

Die nachfolgende Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis **6/0/0** genehmigt

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 08.09.2021

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 4 Besetzung der Stelle - Streetwork -  
Vorlage: 131/21/20

#### **Öffentlicher Teil**

- 5 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Bericht Schulbaumaßnahmen
- 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Anfragen
- 11 Antrag BfB: Ausführungen von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr auf deren Mitglieder-

- versammlung
- 12 Beratung und Beschlussfassung zur Einzelhandels-Potenzial- und Tragfähigkeitsanalyse für die Stadt Boizenburg/Elbe  
Vorlage: 112/21/30
  - 13 Fortführung des Citymanagements der Stadt Boizenburg/Elbe
  - 14 Einführung von Mandatos und Ausstattung der Mitglieder und Mitgliederinnen der Stadtvertretung und Ausschüsse  
Vorlage: 121/21/20
  - 15 Antrag des Stadtvertreters Herr Hameister - Schaffung von grundsätzlichen Voraussetzungen zur Förderung des Fahrradtourismus sowie Fahrrad- und fußgängerfreundliche Umgestaltung des Altstadtverkehrs  
Vorlage: 134/20/ST/2
  - 16 Vollzug des Haushaltsplanes
  - 17 Bericht über den Stand der Stellenbewertung

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 18 Stand offene Forderungen
- 19 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 20 Personalangelegenheiten
- 21 Dringlichkeitsentscheidung für die Erschließung Gewerbegebiet B-Plan 23.4 mit Straßen- und Kanalbau sowie Entwässerungsgräben  
hier: Auftragsvergabe Bauleistung  
Vorlage: 136/21/30
- 22 Erweiterung der Regionalen Schule "Rudolf Tarnow": Eilentscheidung über die Vergabe der Freianlagenplanung  
Vorlage: 138/21/30
- 23 Verlängerung eines Beschäftigungsverhältnisses  
Vorlage: 139/21/20
- 24 Terminabsprachen
- 25 Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

### **Öffentlicher Teil**

- 26 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 27 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 28 Schließen der Sitzung

### **zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 08.09.2021**

Die Sitzungsniederschrift vom 08.09. wird mit einem **Abstimmungsergebnis 6/0/0** gebilligt.

### **zu 6 Bericht der Verwaltung**

Die Bürgervorsteherin wurde am 17.09.2021 darüber informiert, dass der Stadtvertreter Christian Hameister seine Mitarbeit und Fraktionszugehörigkeit in der CDU beendet. Zugleich infor-

mierte er über seinen Mandatswechsel in die SPD. Die Fraktionsvorsitzende der SPD Frau Hannelore Basedow hat heute den Mandatswechsel zur SPD und die Aufnahme in die Fraktion bestätigt.

Frau Poltier nimmt nachfolgend zu den Posts von Aktionen der Gleichstellungsbeauftragten in Social Media Stellung. Die Stadt beschäftigt eine Gleichstellungsbeauftragte, deren Aufgaben auf dem Bundesgleichstellungsgesetz – BglG sowie dem Gleichstellungsgesetz GIG M-V basiert.

Ziel der Gesetze ist grundsätzlich, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen, bestehende Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen und künftige Benachteiligungen zu verhindern sowie die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern. Diese Ziele sind also grundsätzlich von der Bundesregierung und Landesregierung benannt. Die Gleichstellungsbeauftragte untersteht keinem Weisungsrecht und vertritt ihre Aufgaben mit denen ihr möglichen Mitteln. Dazu gehört auch das seit kurzem betriebene Social Media-Netz.

In der Aktion zu Beginn dieses Monats wurde die Bürgervorsteherin als eine Akteurin genannt, weil gerade sie dieser Stadtvertretung in ihrer Funktion als Bürgervorsteherin als objektive Persönlichkeit vorsteht und entsprechend auftritt. Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet dies derart missverstanden und missdeutet wurde.

Frau Poltier hat den Auftritt und die damit verbundenen Reaktionen auf die Nachrichten zur Wertung und Prüfung an die Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises geschickt und von dort folgende Stellungnahme erhalten:

*„Eine parteipolitische Stellungnahme kann ich auch nach Einsicht in die Förderer/Unterstützer der Kampagne nicht erkennen. Vielmehr handelt es sich hier um eine offensichtlich überparteiliche Kampagne, auch wenn sich vereinzelt Parteien bzw. deren Gruppierungen, unter vielen anderen Gruppen/Körperschaften sowie die EU und das Land hier gemeinsam äußern.*

*Auch der Umstand, dass sich Parteien in der politischen Diskussion dezidiert zu der insoweit aufgeworfenen Frage äußern, die i.Ü. auch Verfassungsbezug hat, macht dies nicht zu einer parteipolitischen Stellungnahme, dies betrifft auch andere Verlautbarungen der Stadt. Ungeachtet dessen wäre es aus meiner Sicht zur Vermeidung derartiger Diskussionen optimaler gewesen, den konkreten Parteibezug aus der Verlautbarung (SPD Untergruppierung und Heinrich Böll Stiftung) zu streichen. Inwiefern sich die Stadt außerhalb des Kommunalbezugs gerade in Wahlzeiten zu allgemeinen politischen Themen äußern sollte und kann, soll hier nicht abschließend erörtert werden.“*

Somit ist ein direkter Bezug zu irgendeiner Partei aus Sicht der Stadtverwaltung nicht zu entnehmen, wenn auch empfohlen wird, in der „heißen“ Wahlphase auf entsprechende Nachrichten (leider) zu verzichten.

Mit Datum vom 18.08.2021 hat der Deutsche Verband für Archäologie der Stadt in Form eines Vertrages zur Weiterleitung von Zuwendungen (Soforthilfeprogramm Heimatmuseum und landwirtschaftliche Museen 2021) eine Finanzierung in Höhe von 24.063,21 € für Sanierungsmaßnahmen wie Malerarbeiten, Tischlerarbeiten Fenstersanierung sowie Projektarbeiten für Drehtage und TV-Geräte zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen müssen zum 31.12.2021 fertigge-

stellt sein, was für die Fenstersanierung nicht möglich ist. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz, so dass alle Maßnahmen entsprechend abgestimmt und gestaltet werden müssen. Eine Ausschreibung und Realisierung der besonderen Tischlerarbeiten ist innerhalb von vier Monaten nicht umzusetzen. Es muss auch berücksichtigt werden, wie weit in die Winterzeit die Baumaßnahmen möglich sind. Daher sollen die Mittel anteilig für die Fenstersanierung zurückgegeben und in 2022 neu beantragt werden.

Herr Wilmer stellt die Frage, ob man bei der entsprechenden Zuwendungsstelle eine Verlängerung beantragen kann. Dies ist laut Aussage von Frau Poltier bereits geschehen, aber einzig allein für die Abrechnung wäre eine Verlängerung von 6-8 Wochen möglich, nicht für die Maßnahme an sich. Auf Anraten von Herrn Wilmer sollte man sich an das Bundeslandwirtschaftsministerium wenden und mitteilen, dass dies aus Denkmalschutzgründen nicht machbar ist.

Die Auffassung der Kommunalaufsicht zu dem Thema der Posts der Gleichstellungsbeauftragten teilt Herr Wilmer ausdrücklich nicht und beantragt in diesem Zusammenhang, die oberste Rechtsaufsichtsbehörde mit der Angelegenheit zu befassen.

Auf Nachfrage von Herrn Albrecht erklärt Frau Dräger kurz den Zusammenhang. Es geht um eine AG, die sich mit dem Thema Parität beschäftigt und eine landesweite Kampagne diesbzgl. gestartet worden ist. Es ist nicht nur eine frauenpolitische Forderung laut Aussage von Frau Dräger, die in ihren Augen diese Aussage als eine Frau getroffen hat, die in einer Stadtvertretung tätig ist und sich wünschen würde, dass 50 % der Stadtvertretung auch Frauen wären. Vielmehr sei es auch eine gesellschaftliche Forderung mehr Frauen zu ermutigen sich in der Politik zu engagieren.

Herr Wilmer merkt an, dass dies eine parteipolitische Forderung ist.

Frau Poltier wird den gesamten Verlauf (Kampagne, Mailverlauf, Stellungnahme Kommunalaufsicht) den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung stellen.

Herr Wilmer bittet noch einmal darum, dass sich die oberste Rechtsaufsichtsbehörde damit auseinandersetzt! Hierzu merkt Herr Albrecht an, dass es in seinen Augen derzeit andere große Baustellen gibt, die zu beheben sind

## **zu 7 Bericht Schulbaumaßnahmen**

Da es in dieser Woche eine größere Präsentation diesbzgl. in den Ausschüssen gibt und in der vergangenen Woche hierzu berichtet worden, gibt es keine Neuigkeiten.

## **zu 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe**

Gemäß der Presseberichterstattung zum letzten Kreistag hat Herr Wilmer bei dem Finanzmanager des Landkreises die Richtigkeit der Terminierung Kreishaushalt nachgefragt, da dies für die Stadtverwaltung bezogen auf die Kreisumlage und deren Höhe und Belastung eine wichtige Position ist. Dies wurde ihm bestätigt, also dass möglicherweise der Kreishaushalt nicht vor März 2022 genehmigt wird. Er empfiehlt daher auch mit dem Haushalt und der mittelfristigen

Finanzplanung zumindest so lange zu warten, bis es sich ca. abzeichnet, wie die diesbzgl. Positionierung aussieht. Er regt an den Zeitplan diesbzgl. evtl. im nächsten Hauptausschuss zu besprechen. Die Email von Herrn Schartow wird Herr Wilmer an Herrn Pamperin weiterleiten.

#### **zu 9            Einwohnerfragestunde**

Frau Basedow hinterfragt die Kieshaufen bei dem Weg entlang der Bahnschienen, der jetzt nicht mehr per Fahrrad passierbar ist. Hier erläutert Frau Poltier kurz noch einmal den Eigentümerwechsel und dass es sich um Privatgelände handelt.

#### **zu 10          Anfragen**

Herr Wilmer hinterfragt den Stand der Bauschäden für das Bürgerhaus, da am 07.06. die Anhörung stattgefunden hat. Frau Poltier wird sich nach dem aktuellen Stand erkundigen.

Im letzten RPA wurde festgestellt, dass noch keine Stellungnahme zum Prüfbericht zur überörtlichen unvermuteten Kassenprüfung bei der Stadt abgegeben wurde. Die Antwort darauf, warum dies noch nicht passiert ist, steht noch aus und Herr Wilmer möchte den Grund hierfür wissen. Auch der Termin zur Vorlage des Jahresabschlusses 2019 steht seitens der Stadtverwaltung noch aus. Gemäß der Aussage von Herrn Wilmer wird die Kommunalaufsicht, Frau Holtz, keine Bearbeitung und somit keine Genehmigung des Haushalts eben sofern dieser Jahresabschluss nicht vorliegt.

Herr Wilmer und seine Fraktion werden diesen Zustand nicht weiter hinnehmen und werden damit an die Öffentlichkeit gehen, sofern nicht kurzfristig ein Termin hierfür genannt wird.

Bezugnehmend auf die OPOS Liste möchte Herr Wilmer weiterhin wissen, ob es für die Aussetzung der Vollziehung, die der Bürgermeister entschieden hat, eine Begründung gegeben hat. Er hebt hier erhebliche Zweifel an der rechtmäßigen Entscheidung. Die Antwort hierzu wird nachgereicht.

Die Anfragen vom letzten Hauptausschuss sind noch nicht beantwortet. Frau Poltier verweist hier auf die Sitzung in der letzten Woche und dass aufgrund der kurzen Zeit dazwischen eine Beantwortung nicht möglich war.

Herr Albrecht hinterfragt die Zuständigkeit für die Klima- und Umwelt-Beurteilung bei den Vorlagen. Dies erörtert Frau Poltier kurz.

Aus den letzten Sitzungen ist der Bericht der FuK mit den Fristen angesprochen worden. Herr Wilmer möchte wissen, ob eine Verlängerung der Fristen beantragt worden ist. Dies wird Frau Poltier noch einmal prüfen.

#### **zu 11          Antrag BfB: Ausführungen von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr auf deren Mitgliederversammlung**

Herr Wilmer nimmt Bezug auf die Jahreshauptversammlung der Feuerwehr und stellt diesbzgl. klar, dass auch Ehrenbeamte beamtenrechtlichen Pflichten unterliegen und hierzu gehört nicht, dass man sich in der Öffentlichkeit mit seinem Dienstherrn auseinandersetzt, sondern verweist auf das Zurückhaltungsgebot. Er zitiert einige Passagen aus der Versammlung und erwartet eine Stellungnahme von dem Bürgermeister als Dienstherrn der Feuerwehr in der Sitzung der Stadtvertretung sowie einen eindeutigen Hinweis auf die Pflicht zur Zurückhaltung bei den entsprechenden Personen.

Herr Sevecke ergänzt zu dem Punkt, dass der Bürgermeister in der Versammlung den „Hauptsprecher“ eindeutig in einem persönlichen Gespräch streng zurecht gewiesen hat.

Auch Frau Poltier kann hinzufügen, dass es schon in der Zwischenzeit eine weitere Beratung mit dem Ortswehrführer und dem entsprechenden Stellevertreter gegeben hat und regt an, sich zu überlegen dies in der Stadtvertretung auszuführen. Es besteht von beiden Seiten Kommunikationsbedarf an dessen Lösung gearbeitet wird.

Frau Dräger verweist auf den Ausschuss BKSOS, der extra dafür gebildet worden ist. Vor den Sitzungen dieses Ausschusses findet regelmäßig ein Treffen der Ortswehrführer statt und kann aus diesem Grund die derzeitige Situation nicht nachvollziehen. In diesem Zusammenhang bittet sie darum, dass der Ausschussvorsitzende in den Gesprächen mit einbezogen wird.

Die gewünschte Stellungnahme soll in der Sitzung der Stadtvertretung nicht als Kritik geäußert werden, so Herr Wilmer, sondern eher als Stellungnahme / Information gegenüber der Bevölkerung, dass man sich der Problematik angenommen hat und an einer Lösung gearbeitet wird.



Frau Poltier verweist hier zu Beginn auf die vorab Diskussion, ob diese Vorlage in der öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil gehört. Der Antrag von Herrn Wilmer, dies in den öffentlichen Teil zu legen, ist von der Ausschussvorsitzenden des WTK abgelehnt worden. Frau Poltier verliest die Antwort von der Kommunalaufsicht zu diesem Thema. Aufgrund dessen zieht die Verwaltung die Vorlage zurück, da diese umformuliert werden muss um sie für eine grundsätzliche Entscheidung für die Stadtvertretung vorzubereiten.

Herr Wilmer argumentiert dies nachfolgend so, dass es für ihn um den Stellenplan grundsätzlich ging (Reduzierung von 40 h auf 35 h). Da dies zu den Haushaltsangelegenheiten gehört, ist dies öffentlich. Selbstverständlich gehören hierzu keine Namen. Für ihn geht es hier um die Stelleninhalte. Er verweist auf die Arbeitsplatzbeschreibung vom 15.07.2017 in der 78 % des Stelleninhaltes auf Förderung des Tourismus, des Stadtmarketings und des Citymanagement fällt und hinterfragt einige Punkte zu weiteren Aufgaben (Mitwirkung in internen und externen Projektgruppen, Zusammenarbeit mit Tourismusverband M-V und mit dem Handel mit Dienstleistern und der Stadtverwaltung, Beratung und Unterstützung von Einzelhandelsinitiativen, Zusammenarbeit mit tour. Institutionen innerhalb und außerhalb der Region, Mitwirkung bei Messen und Veranstaltungen zur Förderung des Tourismus) zumal ihm keine Informationen zu Arbeitsergebnissen vorliegen. Er möchte wissen, was die entsprechende Sachbearbeiterin 40 h in der Woche macht und solange er hierfür keine inhaltlichen Aussagen hat, hebt er deutliche Zweifel und kündigt eine entsprechende Stundenreduzierung im Stellenplan im nächsten Haushalt an.

Zum Ende seiner Ausführungen gibt Herr Wilmer den Hinweis auf einen Beschluss der Stadtvertretung zur ärztlichen Versorgung. Dies sind auch Unternehmer und Unternehmerinnen, mit der sich die Sachbearbeiterin in Verbindung setzen könnte.

Zu den von Herrn Wilmer angesprochenen Aufgaben und deren Ergebnisse kann Frau Dräger hingegen zu jedem Punkt etwas sagen, da sie auf Landkreisebene in mehreren Arbeitskreisen tätig ist und ihr diesbzgl. Informationen vorliegen. Damit stellt sie in den Raum, ob es wirklich die Aufgabe des Ausschusses ist, sich jede einzelne Arbeitsplatzbeschreibung dementsprechend anzuschauen.

Herr Wilmer erklärt noch einmal den Hintergrund des Tagesordnungspunktes. Zu Beginn wurde mit weniger als 40 h bei der entsprechenden Stelle begonnen, dann wurde dies mit der entsprechenden Finanzierung erhöht. Da jetzt ein wesentliches Projekt nicht mehr realisiert wird, ist dies für ihn und seinen Fraktion ein Thema zum Nachdenken gewesen.

**zu 14 Einführung von Mandatos und Ausstattung der Mitglieder und Mitgliederinnen der Stadtvertretung und Ausschüsse**  
**Vorlage: 121/21/20**

**Beschlussvorschlag:**

**Zur Verbesserung der digitalen Gremienarbeit beschließt die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe grundsätzlich**

- 1. die Einführung von Mandatos, der App für Mandatsträger und**
- 2. die Ausstattung der Stadtvertreter\*innen und sachkundigen Einwohner\*innen mit der erforderlichen**

## **derlichen Anzahl von iPads**

**Abstimmungsergebnis:                      6/0/0**

Herr Wilmer hinterfragt, wer alles ein iPad bekommen soll, also ob dies auch / nur für die sachkundigen Einwohner gilt, die ordentliches oder stellvertretendes Mitglied sind.

Des Weiterem fehlt ihm gemäß der Kommunalverfassung die Aussage, dass auch nach der Einführung von Mandatos jedes Mitglied der Stadtvertretung berechtigt ist, die Unterlagen auf Antrag in Papierform zu bekommen.

Frau Poltier weist darauf hin, dass es hier um eine Grundsatzentscheidung geht und der Beschlussvorschlag entsprechend angepasst werden kann.

Durch diese Regelung darf natürlich nicht das Kommunalverfassungsrecht gebrochen werden, so Herr Porath. Man müsste hier die Geschäftsordnung, also entsprechend eine Satzungsänderung durch die Stadtvertretung beschließen. Herr Porath bestätigt noch einmal die Grundsatzentscheidung und sagt zu, dass es noch eine gesonderte Beschlussvorlage geben wird.

Die konkrete Anzahl der iPads wird gesondert festgelegt. Herr Heinrich verweist hier auf eine zu machende Abfrage, wer konkret ein iPad benötigt, zumal viele sicherlich schon eins haben.

Frau Dräger merkt an, dass sie es aus anderen Bereichen nicht kennt, dass auch die Sachkundigen Einwohner mit IT ausgestattet werden und hinterfragt im weiteren Verlauf, die Wahl von Mandatos, zumal viele andere auf ALLRIS zurückgreifen. Frau Poltier erklärt im Verlauf, dass Mandatos eine App ist, die auf SessionNet aufbaut. Für Herrn Sevecke kommt es auf die Benutzeroberfläche an, so dass alle Stadtvertreter\*innen und sachkundigen Einwohner\*innen auch damit umgehen können.

**zu 15            Antrag des Stadtvertreters Herr Hameister - Schaffung von grundsätzlichen Voraussetzungen zur Förderung des Fahrradtourismus sowie Fahrrad- und fußgängerfreundliche Umgestaltung des Altstadtverkehrs  
Vorlage: 134/20/ST/2**

Herr Heinrich kann nicht den Punkten vollumfänglich zustimmen und weist auf den zentralen Versorgungsbereich hin.

Herr Wilmer regt an, die vorgestellten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen, unter dem Aspekt, dass freiwillige Aufgaben nur dann finanziert werden, wenn es im freiwilligen Bereich Mehreinnahmen oder weniger Ausgaben an andere Stellen gibt. Dies sieht er für den diesjährigen Haushalt nicht.

Frau Dräger weist darauf hin, dass der Antrag zukünftig gerichtet ist und dass bei allen Verkehrsmaßnahmen, die umgesetzt werden sollen, zukünftig in besonderen Maße auf Fahrrad- und Fußgängergestaltung geachtet werden soll und dies auch behindertengerecht umzusetzen.

Auch Herr Sevecke nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage, wobei der Deckungsvorschlag nicht ausgefüllt ist. Dieser Antrag greift in seinen Augen dem VEP vor und dies erachtet er nicht als sinnvoll. Auch der Hinweis auf das Grundschulzentrum ist bereits bekannt.

Zusammenfassend schlägt Frau Dräger vor, dies noch einmal mit Herrn Hameister zu besprechen (Vorschlag geänderte Formulierung: zukunftsgerichtet und als Anstoß, wenn der VEP in Teilen angefasst wird, dies zu berücksichtigen, weil es nicht so explizit im VEP festgeschrieben ist) und bittet darum, den Antrag zu vertagen.

Auch Frau Poltier fasst zusammen, dass mit dem Antragsteller noch einmal gesprochen wird und ihm den Vorschlag der geänderten Formulierung (...“bei der Evaluierung des VEP“) unterbreiten. Dann soll abgewartet werden, ob sich Herr Hameister mit einem weiteren Antrag an die Stadtverwaltung wendet oder ob die Evaluierung des VEP abgewartet werden soll.

#### **zu 16 Vollzug des Haushaltsplanes**

Hier gibt es keine neuen Erkenntnisse.

#### **zu 17 Bericht über den Stand der Stellenbewertung**

Aufgrund der desolaten Situation in der Personalabteilung gibt es hier nichts Neues zu berichten.

**Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.**

#### **zu 27 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

##### **zu 4 Besetzung der Stelle - Streetwork - Vorlage: 131/21/20**

##### **Beschluss:**

**Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt in seiner Sitzung die Besetzung der Stelle - Streetwork - mit xxx.**

##### **zu 21 Dringlichkeitsentscheidung für die Erschließung Gewerbegebiet B-Plan 23.4 mit Straßen- und Kanalbau sowie Entwässerungsgräben hier: Auftragsvergabe Bauleistung Vorlage: 136/21/30**

**Beschluss:**

1. Der Hauptausschuss beschließt in seiner Sitzung am 20.09.2021 als dringliche Entscheidung den Auftrag für die Bauleistung zur Erschließung des Gewerbegebietes B-Plan 23.4 (Lindhorst) an xxx mit Sitz in xxx mit einer Brutto-Auftragssumme in Höhe von xxx € zu vergeben, vorbehaltlich der fachlich abgeschlossenen Prüfung der KSM Kommunalservice Mecklenburg AöR, zu vergeben.
2. Bei Negativprüfung des Erstbietenden wird dem Zweitbietenden der Auftrag erteilt.

Die Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses ist in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung zur Genehmigung vorzulegen.

zu 22        Erweiterung der Regionalen Schule "Rudolf Tarnow": Eilentscheidung  
über die Vergabe der Freianlagenplanung  
Vorlage: 138/21/30

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Eilentscheidung des Hauptausschusses über die Vergabe von Planungsleistungen für die Erweiterung der Regionalen Schule „Rudolf Tarnow“ an xxx zu.

zu 23        Verlängerung eines Beschäftigungsverhältnisses  
Vorlage: 139/21/20

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt die Verlängerung des Arbeitsverhältnisses mit xxx längstens bis 31.12.2021.

zu 28        Schließen der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 21:53 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.11.21

gez Silke Walther  
Protokollführerin